

13
75

Union in Deutschland

Bonn, den 27. März 1975

Regierung weicht weiter aus

Die Antwort auf die Frage, ob die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode eine Steuererhöhung plant, ist auch bei den Haushaltsberatungen im Bundestag offengeblieben. Die Aufforderung der Unionsfraktion an den Bundesfinanzminister, er möge erklären, ob er die Finanzlücken bis 1977 durch höhere Steuern, Sparmaßnahmen oder durch neue Schulden schließen wolle, parierte Apel mit der Ausrede, jetzt könne Verlässliches über das Jahr 1976 noch nicht gesagt werden.

„Ein Finanzminister, der nicht weiß, wie er die fälligen Rechnungen bezahlen soll, gibt eine unglückliche Figur ab“, schreibt die Frankfurter Neue Presse.

Diese Hilflosigkeit darf jedoch einem verantwortlichen Politiker nicht nachgesehen werden. Aber Apels Dilemma ist das Elend der Regierung insgesamt. Sie ahnt Schlimmes, weil ein weiteres Mal ihre Voraussagen nicht zutreffen.

Steuererhöhungen ab 1976 oder 1977 oder Eingriffe in gesetzlich fixierte Leistungen für die Bürger oder beides zugleich: Die Bundesregierung wird nicht umhinkönnen, der Öffentlichkeit über diese bitteren Konsequenzen ihrer jahrelangen Mißwirtschaft reinen Wein einzuschenken.

■ SPD

Die stärksten Stimmverluste mußte die SPD in Gebieten mit hohem Arbeitnehmeranteil hinnehmen. Aus Sorge um Ersparnisse und Arbeitsplatz wenden sich die Wähler der Union zu.

Seite 4

■ BUNDESTAG

Bei der Haushaltsdebatte hatte die Union gegenüber der zwielichtigen Koalition die besseren Argumente.

Seite 5—7

■ KANZLERAMT

Mit seiner 40prozentigen Personalüberkapazität ist das Bundeskanzleramt zu einer Quasi-Außenstelle der SPD-Baracke geworden.

Seite 8

■ HAUSHALT

Die Union macht Vorschläge zur Überwindung der schwelenden Finanzkrise.

Seite 11—13

■ CDU

Anträge des Bundesvorstandes auf Änderung des Statuts und der Parteigerichtsordnung zur Vorlage beim 23. Bundesparteitag.

Dokumentation

INFORMATIONEN

NPD-Vorsitzender: Hauptgegner ist die CDU

Hauptgegner der NPD seien die CDU-regierten Bundesländer, da sie es ablehnten, aktive Mitglieder „unserer Partei“ zum Staatsdienst zuzulassen, oder sie sogar vom Dienst suspendieren, wie den Mannheimer Oberstudienrat Dekkert. Dies erklärte der Bundesvorsitzende der NPD, Mußnug, auf einer Pressekonferenz in Stuttgart am 30. 3. 1975.

Anlaß dazu war die Mitteilung, daß die NPD Klage gegen die Landesregierung Baden-Württemberg eingereicht habe. Ihr soll künftig untersagt werden, von der NPD als verfassungsfeindlicher Partei zu sprechen und aufgrund dessen die Bestimmungen des Radikalenerlasses anzuwenden.

Dieser Erlaß sei ungesetzlich, hier sei man sich mit der SPD und auch mit den Kommunisten durchaus einig. Dem Bundeskanzler machte der NPD-Vorsitzende folgendes Kompliment: „In manchen Dingen sind wir Helmut Schmidt in der praktischen Politik näher als der CDU.“

Nochmals ein Steiner-Ausschuß?

Die Klärung der Frage, ob das Mißlingen des 1972 von der CDU/CSU versuchten Kanzlersturzes auch auf Bestechung zurückzuführen ist, wird möglicherweise noch einmal einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß beschäftigen. Unmittelbar nach der Osterpause wird die Opposition darüber entscheiden, ob Aspekte der Steiner/

Wienand-Affäre noch einmal aufgerollt werden. Es herrscht in der Fraktion der Eindruck vor, daß bei den bisherigen Untersuchungen nicht die Wahrheit gesagt worden ist. Ein Anlaß, die Affäre noch einmal aufzurollen, wäre für die CDU/CSU die Aussage des Guillaume-Bekanntes Tölle vor den Staatsschutzbehörden, Guillaume habe ihm am Tage vor dem Mißtrauensvotum gegen Brandt erklärt, der Bundeskanzler verfüge über Mittel, die ein Überleben der SPD/FDP-Koalition ermöglichten. Ehmke werde „das schon machen“ (vgl. UiD 12/74). Diese Aussage Tölles war im ersten Steiner/Wienand-Ausschuß nicht gehört worden.

Chance für den Sport

Die CDU/CSU-Fraktion begrüßte die Verabschiedung einer Entschließung über eine europäische „Charta des Sports für alle“ durch die erstmals in Brüssel versammelten Sportminister der Mitgliedsstaaten des Europarats. Der Rang, den sie dem Sport beimesse, verbiete es — wie die CDU/CSU betonte —, Probleme des Sports isoliert von anderen Fragen des gesellschaftlichen und politischen Lebens zu betrachten. Diese Charta biete eine Chance, die bildungs-, gesundheits- und sozialpolitische Bedeutung des Sports noch stärker im Bewußtsein der Bevölkerung zu festigen.

Milliarden-Defizit bei Arbeiter-Renten

Der Konjunkturerinbruch wird in diesem Jahr zu Einnahmeausfällen in Milliardenhöhe bei den Rentenversicherungen in der Bundesrepublik führen. Allein die Arbeiter-Rentenversicherungen müssen mit einem Defizit von etwa 9 Mrd. DM rechnen. Dieser Fehlbetrag,

der das bisher vom Bundesarbeitsministerium angenommene Defizit von 3,5 Mrd. DM um das Zweieinhalbfache übertrifft, wird über den Finanzausgleich von der Bundesanstalt für Arbeit an die 18 Rentenversicherungen der Arbeiter ausgeglichen.

Auch die Rentenversicherung der Angestellten wird 1975 nach Zahlung dieses Milliardenzuschusses möglicherweise selbst in rote Zahlen rutschen: Sollten ihre Beitragseinnahmen nur um weniger als 10 % (gegenüber 14 % 1974) steigen, dürfte sie das Rentenjahr 1975 mit einem Minus abschließen.

Eltern organisieren sich bundesweit

Die Elternvereine in den Ländern Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben eine Bundesarbeitsgemeinschaft der Elternvereine ins Leben gerufen.

Der Verband will Reformpläne, „die ausschließlich ideologischen Zwecken dienen“, oder solche, für die weder die finanziellen, personellen, noch sachlichen Voraussetzungen gegeben sind, künftig bundesweit bekämpfen.

CDU kritisiert Kreibich

Die Berliner CDU-Fraktion übte scharfe Kritik an der Erklärung von FU-Präsident Kreibich, daß er es ablehnen müsse, Vorermittlungen gegen diejenigen Universitätsmitglieder einzuleiten, die Wahlaufträge für KPD, SEW oder KBW unterzeichnet hätten. Die hochschulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Ursula Besser, erklärte, die Weigerung von Kreibich mache erneut deutlich, „wie wenig er willens oder in der Lage ist, sich an die vom Gesetz gezogenen Grenzen zu halten“.

■ STICHWORTE

Fast zehn Millionen

Schüler sitzen dieses Jahr in den allgemeinbildenden Schulen. Das sind etwa 164 000 mehr als im Vorjahr.

Die meisten Konkurse

der Nachkriegszeit in einem Monat (792) fanden in diesem Januar statt: 38 Prozent mehr als im Januar 1974.

Wieder Gebührenerhöhungen

bei der Bundespost wird es geben. Allerdings „erst 1977“, so erklärte Bundespostminister Kurt Gscheidle.

Angesichts der Massenflucht

in Vietnam ruft der Bund der Vertriebenen Regierung, Kirchen und alle Kräfte der Gesellschaft zu einer umfassenden Hilfsaktion auf.

Der Präsident

der DDR-Kunstakademie, Prof. Konrad Wolf, lehnte eine Koexistenz der Gesellschaftssysteme als „Demagogie im Interesse des Überlebens einer zum Untergang verurteilten Gesellschaftsordnung“ ab.

Rapide gesunken

ist der Auftragseingang bei den deutschen Stahlwerken im Februar 1975.

■ SPD

Arbeitnehmer vertrauen der Politik der Union

Mit ihrer Diffamierungskampagne gegen die Union versucht die SPD von ihrem eigenen Versagen als Regierungspartei abzulenken. Es kommt nicht von ungefähr, daß sie dabei das Schwergewicht dieser Kampagne in die Betriebe legt — denn es sind vor allem die Arbeitnehmer, die dieser Partei den Rücken kehren. Generalsekretär Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf trifft hierzu folgende Feststellungen:

Bei den Wahlen in Berlin und Rheinland-Pfalz hat sich der Trend aller vorangegangenen Landtagswahlen fortgesetzt. Während die CDU erhebliche Stimmengewinne verbuchen konnte, mußten SPD und FDP empfindliche Verluste hinnehmen. Dabei ging ihr Stimmenanteil am stärksten in Gebieten mit einem hohen Arbeitnehmeranteil zurück. Wie schon in den industriellen Ballungsgebieten Hamburg, Hannover, Frankfurt und München, verlor die SPD auch jetzt wieder in den Berliner Arbeiterbezirken Wedding, Kreuzberg und Neukölln bis zu 20 % ihrer bisherigen Wähler. Die meisten von ihnen kamen zur CDU.

Die Sozialdemokraten, die sich gerne als die einzige Arbeitnehmerpartei ausgeben, stehen vor einem Rätsel. Für den Berliner SPD-Bürgermeister Neubauer war es nach der Wahl unbegreiflich, warum gerade die Arbeitnehmer

„ihrer Partei“ in hellen Scharen davonlaufen. Doch die Lösung des Rätsels ist einfach.

Die Arbeitnehmer haben begriffen, daß sie die Hauptleidtragenden der verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik der SPD/FDP-Koalition in Bund und Länder sind. Sie haben erkannt, daß die Inflation ihre Ersparnisse und nominalen Einkommenssteigerungen aufzehrt und daß das Volksvermögen ständig zu ihren Lasten „umverteilt“ wird. Sie sind in Sorge um ihren Arbeitsplatz oder sogar schon arbeitslos. Und sie fragen sich, was die SPD/FDP eigentlich für sie, die Arbeitnehmer, seit 1969 getan hat.

Die Antwort lautet: nichts. Im Mittelpunkt des großangelegten Reformprogramms der gegenwärtigen Regierung standen Vermögensbildung, Mitbestimmung, berufliche Bildung und Bodenrecht. Nach sechsjähriger Regierungszeit ist von alledem nichts verwirklicht, und aller Voraussicht nach wird bis 1976 auch nichts verwirklicht werden.

Im Gegensatz dazu haben die Unionsparteien bereits 1973 ihr Reformprogramm beschlossen und der Öffentlichkeit vorgelegt. Dieses Programm enthält alle Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um für alle jungen Menschen eine hochqualifizierte berufliche Ausbildung sicherzustellen und um die Stellung der Arbeitnehmer durch Mitbestimmung und Vermögensbildung in der Wirtschaft zu stärken. Doch die SPD/FDP-Koalition verweigert lieber die Erfüllung berechtigter Arbeitnehmerinteressen, als daß sie den Vorschlägen der Union folgt.

Wen wundert es also, wenn immer mehr Arbeitnehmer in der CDU die Partei erkennen, die ihre Interessen wirklich vertritt.

■ BUNDESTAG

Sozialisten sind unfähig zur Verwirklichung von Reformen

Die jährliche Haushaltsdebatte gibt Anlaß zur politischen Abrechnung, besonders bei der Beratung des Kanzler-Etats. Sprecher der Union zu diesem Thema waren Karl Carstens, Richard von Weizsäcker und Franz Josef Strauß. Nachfolgend Auszüge aus ihren Reden.

Karl Carstens:

Man muß die Frage stellen, ob die deutschen Sozialisten nach ihrem eigenen Selbstverständnis aus einer Reihe von Gründen, von denen ich die wichtigsten nennen möchte, überhaupt fähig sind, Reformen zu verwirklichen, die den Menschen zugute kommen.

Erstens, die deutschen Sozialisten gehen von einer falschen Analyse der Wirklichkeit aus, nämlich von der Vorstellung, daß unsere Gesellschaft durch das Vorherrschen von Klassegegensätzen und Klassenkämpfen gekennzeichnet sei, und daß eine kleine Gruppe von Privilegierten die Masse der Bürger ausbeute.

Zweitens lassen sich die deutschen Sozialisten von der falschen Zielvorstellung leiten, möglichst weitgehend und möglichst schnell die Lebensverhältnisse der Staatsbürger aneinander anzugleichen. Damit verstoßen die deutschen Sozialisten gegen ein elementares Gebot sozialer Gerechtigkeit, daß

nämlich Unterschiede in der Leistung auch ihren Ausdruck in einem unterschiedlichen Entgelt finden.

Drittens bedienen sich die deutschen Sozialisten falscher Methoden zur Realisierung ihrer Zielvorstellungen. Sie glauben, das Heil darin zu sehen, daß der Einfluß des Staates, des Kollektivs, erweitert wird, und sie verkennen dabei das eigentliche Gebot unserer Zeit, den immer zunehmenden Einfluß des Staates zurückzudrängen. Ein geradezu klassisches Beispiel dafür ist das Schicksal der Reform der beruflichen Bildung. Erinnern wir uns doch daran, daß der erste Beitrag des Herrn von Dohnanyi zu diesem Thema in dem Vorschlag bestand, dreitausend neue Planstellen zur Durchführung des von ihm vorgeschlagenen Berufsbildungsgesetzes einzurichten.

Viertens zerstören die Sozialisten bei ihren Reformversuchen die natürlich gewachsenen Bindungen, auf denen das Zusammenleben der Menschen beruht. Noch in jüngster Zeit hat uns die Bundesregierung ein Beispiel dieser Art geliefert, als sie nämlich in der Begründung zum Gesetz über die Neuregelung des elterlichen Sorgerechts schrieb, schon das Kleinkind sei Objekt elterlicher Fremdbestimmung. Hier wird also das, was im natürlichen Bewußtsein der Menschen Mutterliebe heißt, reduziert auf die Formel „elterliche Fremdbestimmung“.

Franz Josef Strauß:

Jahrelange Warnungen in den Wind geschlagen

Man bekommt allmählich den Eindruck, als ob harte Kritik an der Politik der Regierung und ihrer Parteien zu einer Art Majestätsbeleidigung, zu einem Anschlag gegen die parlamentarische Demokratie und zu einem Verstoß gegen das Wohl des Volkes umgefälscht werden soll. Das sind die ersten Ansätze autoritären Denkens.

Zunächst schlagen Sie die Warnungen vor der Inflation in den Wind, Herr Bundeskanzler, dann verkünden Sie, das bißchen Inflation müsse für die Erhaltung der Vollbeschäftigung in Kauf genommen werden. Dann erkennen Sie endlich, daß die Inflation zu einer Gefahr für die Arbeitsplätze wird. Dann treffen Sie zu spät und unzulänglich Stabilisierungsmaßnahmen (siehe öffentliche Haushalte) und dann spielen Sie den Helden und sagen, unsere Stabilisierungspolitik führt aber zu einer gewissen Arbeitslosigkeit, das müßten die Arbeitnehmer in Kauf nehmen.

Damit geben Sie doch zu, daß CDU und CSU mit ihren jahrelangen Warnungen vor der Inflation recht hatten; denn bei rechtzeitiger und zulänglicher Stabilitätspolitik wäre dieser Ablauf der Ereignisse nicht eingetreten.

Vor noch gar nicht langer Zeit wurden von der Regierung und von der SPD die Unternehmer und die sonstigen Selbständigen verteufelt. Im Sommer 1973 hieß es in Zeitungsanzeigen der Bundesregierung: „Die Unternehmer müssen empfindliche Steuern zahlen, wenn sie nicht bereit sind, ihre Investitionen aufzuschieben . . .“

Jetzt auf einmal wird auch von Ihnen die Erkenntnis verbreitet, daß die privaten Investitionen von heute die Arbeitsplätze von morgen sind, wird in Zeitungsanzeigen und Broschüren unter der Überschrift „Jetzt investieren — es lohnt sich“ für die Inanspruchnahme der hektisch beschlossenen 7 $\frac{1}{2}$ -prozentigen Investitionszulagen geworben.

Aus dem Regierungslager stammt das Gleichnis vom Fensterputzer, der aus dem 87. Stockwerk eines Wolkenkratzers abstürzte, weil er Warnungen mißachtete und sich nicht anschnallte. Als er an der dritten Etage vorbeiflog, murmelte er: „Was die Meckerer da oben nur wollen — bisher ist doch alles gut gegangen . . .“

Wir wollen nicht noch einmal solche Täuschungsmannöver wie z. B. vor und nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und dem Saarland vom 14. Juni 1970 erleben. Damals versuchten Sie, mit dem Versprechen von Steuer-senkungen Wählerstimmen zu fangen. 9 Tage vor den damaligen Wahlen, am 5. Juni 1970, wurde das Steueränderungsgesetz, durch das auf Vorschlag der Regierung schon damals der Arbeitnehmerfreibetrag verdoppelt und die Ergänzungsabgabe für die Höherverdienenden abgebaut werden sollte, durch den Finanzausschuß des Bundestages gepeitscht. Nur 5 Tage nach der Wahl, am 19. Juni 1970, gab die Regierung, wie die Presse schrieb, die „Spekulation auf die Wählergunst mit einem beispiellosen Zynismus auf“ und zog das bis zur damaligen Wahl lautstark verkündete Versprechen, mit Wirkung zum 1. Juli 1970 die Steuern zu senken, zurück.

Nach allen Wortbrüchen sollten Sie nicht noch einmal auf die Vergeßlichkeit der Wähler spekulieren.

Richard von Weizsäcker:

„Sie verweigern Wahrheit und Klarheit, Herr Bundeskanzler“

Die jüngste Drucksache Ihrer Regierung, genannt Arbeitsbericht '75, mit Ihrem Bild und Vorwort geschmückt, Herr Bundeskanzler, spricht wieder vor allem davon, daß alles besser, schöner und größer werde. Mehr Rechte, günstigere Bedingungen, größere Sicherheit, stärkere Vorsorge, neue Hilfe und immer wieder mehr Recht. Das ist der wesentliche Inhalt dieser Schrift. Das ist auch der Grundton Ihrer Politik. Oder, wie neulich in der Ihnen ja sehr wohl gewogenen „Zeit“ zu lesen war: „Wir schaffen das moderne Deutschland, koste es, was es wolle“.

Dem Bürger wird alles geliefert und gemacht. Er selbst braucht nichts mehr zu tun. Probleme gibt es nach dieser Ihrer Weltanschauung nicht. Wer Probleme beim Namen nennt, ist ein Panikmacher. Allenfalls gibt es vorübergehende Engpässe. Oder es sind Einflüsse des Auslandes, an denen die eigene Regierung unschuldig ist. Im übrigen aber geht alles weiter bergauf, und wir sind die Spitzenreiter der Welt (obwohl jedermann weiß, daß dies für so zentrale Gebiete wie Vollbeschäftigung und Wachstum überhaupt nicht stimmt).“

Die Regierung verspricht Angenehmes und verschweigt Unangenehmes. Ihr Presse- und Informationsamt ist eine Werbeagentur für Volksbeglückung. Sie selbst, Herr Bundeskanzler, betreiben ein Krisenmanagement ohne Konzept und Ziel. Die langfristigen Probleme lassen Sie treiben. Deshalb gilt Ihrem Haushalt unser Nein.

Das erste, was jeder Bürger in diesem Land verlangen kann, ist eine ungeschminkte Darstellung der Lage. Aber Ihre Regierung gibt sie nicht, Herr Bundeskanzler. Ihr Kabinettskollege Arendt erklärte z. B. im Januar bei der Debatte über das Sozialbudget, der gegenwärtige Beitragssatz zur Rentenversicherung von 18 % sei selbst bei vorsichtiger Schätzung ausreichend, damit sie bis 1988 leistungsfähig bleibt. Das ist, um es wirklich vorsichtig zu charakterisieren, eine Irreführung der Öffentlichkeit. Denn schon heute kann die Beitragsgrenze doch nicht gehalten werden, wenn die Kosten, die im Rentenbereich anfallen, von der Rentenversicherung teilweise auf andere Kassen verlagert werden, z. B. auf die Krankenkassen.

Als Bundesregierung erklären Sie einfach: Wir sind es nicht, die den Bürger höher belasten. Das überlassen wir den Selbstverwaltungsorganen der Krankenkassen. Dieses Verfahren ist unseriös und gefährlich. Der Bürger wird es auf die Dauer weder Ihnen noch Herrn Arendt abnehmen. Denn er, der Bürger, zahlt alles aus einer, nämlich aus seiner Kasse. Für ihn sind Steuerbelastungen und Steigerungen der Sozialabgaben Abzüge aus ein und derselben Lohn-tüte. Und er weiß auch, das dies aufgrund einer einheitlichen Verantwortung dieser Ihrer Bundesregierung geschieht.

Herr Brandt hat noch letzte Woche von dieser Stelle aus einen Monopolan-spruch seiner Partei für die Interessenvertretung der breiten arbeitenden Schichten unseres Volkes angemeldet. Sind eigentlich unsere großen Städte, von denen sich eine nach der anderen mehrheitlich zur CDU bekennt, von arbeitenden Menschen oder von Faulenzern bewohnt?

■ KANZLERAMT

So wurde drauflos gewirtschaftet

In der Haushalts-Debatte des Bundestages haben Sprecher der Union auch die Personalaufblähung in den Ministerien, insbesondere aber im Bundeskanzleramt kritisch unter die Lupe genommen. Hier einige Fakten:

Personalbestand Kanzleramt. 1966: 219; 1970: 395; 1975: 431. Dazu stellte der Abgeordnete Horst Schröder (Lüneburg) fest: „Von diesem Tatbestand leite ich meine Feststellung ab, die der Personalrat des Bundeskanzleramtes voll teilt, daß dieses Amt eine ca. 40 %ige Personalüberkapazität hat. Dieser Tatbestand der unnützen Personalaufblähung ist auch meiner persönlichen Meinung nach die eigentliche Ursache für den Fall Guillaume — neben dem Spionageaspekt natürlich. Ohne Rücksicht auf fachliche Qualifikation wurden — neben anderen — linientreue Parteifunktionäre in das Kanzleramt eingeschleust.“

Ein besonderes Stück totaler Fehlkonstruktion ist die sogenannte Planungsabteilung mit nicht weniger als 31 Stellen. Hierbei handelt es sich als Quasi-Außenstelle der SPD-Baracke, vor allem um eine ideologische Spielwiese für junge Politologen und Soziologen auf Staatskosten — bis hin zu einer einseitigen Auswahl von Instituten, Gutachtern und Honorarberatern mit teilweise horrenden Vergütungen, und bis hin zu einer Zweckentfremdung von Haushaltsmitteln, wie etwa Reisekostenab-

rechnungen für die Teilnahme an Jusokongressen.

Der Personalratsvorsitzende im Bundeskanzleramt charakterisierte die Tätigkeit dieser „Abteilung“ wie folgt:

„Die Organisationseinheiten, Planungsmethoden und Planungstechniken, Information und Dokumentation mit der EDV und Grundsatzfragen des Regierungssystems stehen mehr oder weniger zusammenhanglos nebeneinander und sind schon von ihrer Aufgabenstellung her zu einer politischen Planung im echten Sinne außerstande.“

Schließlich: Der Neubau des Bundeskanzleramtes. Hierzu wieder Horst Schröder: „Zwar verdoppelt sich die Nutzfläche des Kanzleramtes im Neubau, aber auf der anderen Seite steigen die gesamten Bewirtschaftungskosten, die jetzt ca. 600 000 DM pro Jahr betragen, auf ca. 2,5 Mio. DM pro Jahr in Zukunft. Einschließlich der neuen Klimaanlage. Die jährlichen Instandsetzungskosten werden sich ebenfalls fast verdoppeln. Für den Betrieb dieser komplizierten technischen Anlage hat die Bundesbaudirektion 18 Mann technisches Personal berechnet.“

Aufgespießt

Frankreichs Könige ließen im 18. Jahrhundert den Staat finanziell verkommen. Sie machten Riesenschulden bei Geldverleihern, und die machten sie zu Intendanten, sprich Steuereintreibern. Einer von denen sagte zu Louis XV.: „Wenn Majestät nur die Zinsen aus Dero Schatulle zahlen möchten, die Schulden selbst hole ich mir schon vom Pöbel.“ — „Sie sagen da etwas sehr Häßliches“, erwiderte der Fürst, „mein Volk liebt mich. Es zahlt auch die Zinsen.“

(Kasper, Welt am Sonntag, 23. 3. 1975)

■ KOALITION

Willy Brandt zurück ins Kanzleramt?

„Sehr interessant ist, daß sich offensichtlich die Freunde Willy Brandts um sein Comeback als Kanzler bemühen und dabei davon ausgehen, daß Helmut Schmidt 1976 mit der SPD derart zerstritten (und vielleicht auch gesundheitlich verschlissen) sein würde, daß der Weg für Brandt wieder frei wäre. Hintergrund dieser Gerüchte ist das Sozialistentreffen in Berlin, wo Brandt gegenüber ausländischen Parteifreunden bekundet hat, daß er keinesfalls ‚vom Dampfer sei‘. Klaus Harpprecht (im mer noch Brandts enger Vertrauter in USA, mit Wohnsitz bei Washington) bereitet für ihn eine USA-Reise vor, die als weiterer Schritt auf dem Wege gedacht ist.“ Dies schreibt der Bonner „Exklusiv-Dienst“ am 20. März 1975 über die inneren Spannungen innerhalb der SPD.

SPD-Bürgermeister entschuldigt sich bei Franz Josef Strauß

Wehners Rüpelhaftigkeit im Bundestag stößt die Genossen in seinen eigenen Reihen ab. So hat sich der SPD-Bürgermeister von Altenhaus bei Kiel bei F. J. Strauß für die Ausfälle von Herbert Wehner gegen den CSU-Parteichef brieflich entschuldigt: „Sehr geehrter Herr Strauß! Gestatten Sie mir bitte, mich für die unwürdige Bemerkung des Genossen MdB Herbert Wehner in aller Form zu entschuldigen, die er Ihnen gestern im Bundestag in seiner üblichen zynischen Art an den Kopf geworfen hat. Als altes Mitglied der SPD be-

daure ich diese sehr. Mit vorzüglicher Hochachtung gez. Edgar Meschkat, Bürgermeister, 23 Altenholz.“

Rüge für Wehner Ordnungsruf für Gansel

Wegen eines „unparlamentarischen“ Ausdrucks wurde dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner zum Abschluß der Haushaltsdebatte am Donnerstag im Bundestag von Vizepräsident Jäger eine Rüge erteilt. Wehner hatte während der Rede des CDU-MdB Reiner Möller gerufen: „Waschen Sie sich erst mal“. Gegen SPD-MdB Gansel wurde ein Ordnungsruf ausgesprochen. Wie Präsident Jäger erklärte, habe das Protokoll der Sitzung vom Vortag ergeben, daß Gansel den Fraktionschef Carstens in einem Zwischenruf „Lügner und Fälscher“ genannt hat.

Zwangsernährung: Kritisierte und akzeptierte Ablehnung

Als CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Prof. Karl Carstens im Bundestag die Berechtigung und den Sinn von Zwangsernährung in Frage stellte, bezog er dafür von SPD- und FDP-Politikern politische Prügel. Jetzt wird aus dem nordrhein-westfälischen Justizministerium eine „Anordnung“ angekündigt, die die Zwangsernährung — nicht die künstliche Ernährung — abschafft. In Bonn wird aufmerksam registriert, daß diesmal von der gleichen Seite eine ähnliche ablehnende Reaktion ausblieb.

Loderer nicht mehr glaubwürdig

Doppelte Moral und Unglaubwürdigkeit in seinen Stellungnahmen zur gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise warf der Frankfurter CDU-MdB Helmut

Link dem IG Metall-Vorsitzenden Eugen Loderer vor. Dies gelte nicht nur für die Einseitigkeit, mit der Loderer die Bundesbank für die 2,1 Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeiter verantwortlich machen wolle und dabei völlig das Versagen und die politische Verantwortung der Bundesregierung übergehe. Dies gelte auch für die jüngsten Äußerungen Loderers zu den Preiserhöhungen in der Automobilindustrie. Der Vorwurf, daß „Unternehmen, die gegenwärtig die Autopreise erhöhten, zeigten, daß es ihnen nur um Gewinne und Dividende gehe, und die Sicherheit der Arbeitsplätze ihnen gleichgültig sei“, falle auf Loderer zurück. Denn der IG Metall-Vorsitzende sei selbst stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender des VW-Konzerns, und mit den SPD-Vertretern aus Bund, Land und den Gewerkschaftsvertretern habe er die Mehrheit im VW-Aufsichtsrat. Der VW-Konzern habe aber nicht nur die Preise erhöht, sondern habe seit über einem Jahr hohe Kurzarbeiterzahlen, baue ständig Leute ab und sei dabei, ganze Zweigwerke, wie z. B. in Neckarsulm, stillzulegen.

Link, der selbst seit 1947 der IG Metall angehört, fordert Loderer auf, sich weniger durch Einseitigkeiten um das „Wohlergehen der Bundesregierung“, als mehr um das Wohlergehen der Arbeitnehmer als stellvertretender VW-Aufsichtsratsvorsitzender zu bemühen, um damit seine Glaubwürdigkeit zu dokumentieren.

Parteibuch vor Leistung

Die Referenten der Steuerabteilung des Bundesfinanzministeriums haben in einem Brief an ihren Minister Apel (SPD) gegen die Beförderung des nach Jahren und Dienstalter jüngsten Referenten der Steuerabteilung, Klaus Mankes (38), zum Leiter der Unterabteilung

Internationales Steuerrecht, Bewertung, Vermögensteuer und Automation, deren Leiter kürzlich verstarb, protestiert. Ein ungewöhnlicher und einmaliger Vorgang. Auch die drei im Ministerium vertretenen Beamtenorganisationen haben Einspruch eingelegt, da bewährte Beamte der Steuerabteilung übergangen worden sind. Politische Gründe werden als ausschlaggebend für die Beförderung des bisher noch an keinem größeren Gesetzesvorhaben maßgeblich beteiligt gewesen Beamten angesehen. Er war früher persönlicher Referent des Parlamentarischen SPD-Staatssekretärs Offergeld, auf dessen Einfluß Mankes Beförderung in erster Linie zurückzuführen zu sein scheint.

SPD-Ämterpatronage ist auch im Falle des jungen, unbekannt, mäßig benoteten und nach Urteil des Bundesarbeitsgerichts „noch nicht geeigneten“ Richters Friedhelm Jobs (38) im Spiel, dessen Ernennung für das Bundesarbeitsgericht die SPD/FDP-Koalition im Richterwahlausschuß durchpeitschen will, und dessen Beziehungen zur SPD besonders gut sind.

Wahlergebnisse

Durch ein Versehen sind im statistischen Teil der Dokumentation zu den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz (UId 11/1975) die *Vergleichszahlen* aus dem Jahre 1971 (in Klammern) in einer Reihe von Fällen auf der Basis des Zustands vor der Verwaltungsreform errechnet. Die Abweichungen zu den neuen Zahlen sind, bis auf eine Ausnahme, geringfügig. Für den Landkreis Pirmasens, wo die Zahlen am meisten differieren, hier das Ergebnis mit den richtigen Vergleichszahlen: CDU: 61,4 % (58,9 %); SPD: 31,7 % (31,1 %); FDP: 4,4 % (5,5 %); NPD: 1,6 % (3,8 %); DKP: 0,4 % (0,7 %).

BUNDESHAUSHALT 1975

In einem Jahr mehr Schulden als in 20 Jahren CDU/CSU-Regierung

„Der Ablauf der Haushaltsdebatte hat der deutschen Öffentlichkeit erneut dokumentiert, daß wir es mit einer lange schwelenden Finanzkrise im Bund zu tun haben.“ Mit diesen Worten umriß Dr. Walter Althammer die Diagnose der CDU/CSU zur gegenwärtigen Finanzpolitik der Bundesrepublik und begründete sie:

Bei der Einbringung des Etats versuchte die Bundesregierung noch, eine Steigerungsrate von 8,7 Prozent als real hinzustellen. Die Opposition enttarnte die tatsächliche Rate von 12,6 Prozent. Zieht man das Konjunkturprogramm mit ein, liegen die Bundesausgaben sogar 14,3 Prozent über dem Stand von 1974.

■ Die Verschuldung stieg ungeheuer an. Laut Finanzplan aus dem Jahr 1975 war eine Nettoverschuldung von 6,9 Milliarden DM vorgesehen. Im Etatentwurf 1974 stieg die Verschuldung auf 15,6 Milliarden DM an. Bei Verabschiedung des Etats erreichte sie 22,8 Milliarden. Das ist seit der letzten Prognose von 1974 mehr als eine Verdreifachung.

■ Mit der neuen Rekordmarke hat es die Bundesregierung geschafft, in einem Jahr mehr Schulden zu machen als die CDU/CSU in zwanzig Jahren: damals insgesamt 14,3 Milliarden DM.

■ Zur Verringerung der astronomischen Verschuldung hat die CDU/CSU-Fraktion während der Haushaltsberatungen insgesamt 109 Kürzungsanträge ge-

stellt. Davon wurden 25 von der Koalition angenommen; 84 Anträge wurden abgelehnt. Die Gesamtsumme der in diesen 109 Anträgen vorgeschlagenen Einsparungen hätte 3,4 Milliarden DM betragen. Um diese Summe hätte die Neuverschuldung gemindert werden können.

■ Die Mittel für Investitionen sinken. In den letzten fünf Jahren vor dem Eintritt der SPD in die Bundesregierung lagen sie bei durchschnittlich 26,6 Prozent. Nach fünf Jahren „sozialliberaler“ Regierung fielen sie im Jahre 1975 auf 16,2 Prozent. Gemäß der mittelfristigen Finanzplanung sollen sie bis 1977 auf 15,6 Prozent absacken.

■ Nach Artikel 115 des Grundgesetzes darf die Neuverschuldung des Bundes pro Jahr nicht über den Ausgaben für Investitionsausgaben liegen. Deklarierte die Bundesregierung nicht die Summen, die sie für die Bundesanstalt für Arbeit ausgeben muß, als Investitionen, obwohl es sich tatsächlich um konsumtive Mittel für die Bezahlung der Arbeitslosenunterstützung handelt, wäre die heutige Verschuldungshöhe bereits verfassungswidrig.

■ Im Jahre 1976 soll die Schuldenaufnahme des Bundes noch einmal über die Summe des Jahres 1975 hinausgehen. Die Behauptung der Bundesregierung, sie mache jetzt nur Schulden, um die Konjunktur für die Gegenwart anzukurbeln, erweist sich durch diese Tatsache als fadenscheinige Ausrede.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion trug Althammer ein Programm vor, das in dieser Finanzkrise ein Programm zum Handeln sein müßte:

1. Die Bundesregierung ist verpflichtet, den Wählern die Tatsachen über die Finanzkrise offen auf den Tisch zu legen, damit die Bevölkerung bereit wird, zur Überwindung der krisenhaften Erscheinungen beizutragen.
2. Die Bundesregierung muß ihre irrealen Programme konkretisieren, weil die Bevölkerung nicht von Woche zu Woche entscheidende Daten und Gesetzesvorstellungen verändert dargestellt bekommen darf und sich im wirtschaftlichen Verhalten ständig neu orientieren muß.
3. Es sind alle Anstrengungen zu unternehmen, das reale Wachstum in der Wirtschaft zu verbessern, damit die sozialen Leistungen gehalten werden können. Die Regierungsmaßnahmen reichen nicht aus.
4. Die Bundesregierung hat wirksamere Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit anzuwenden. Der Antrag der CDU/CSU gegen die Jugendarbeitslosigkeit zeigt einen Weg.
5. Die Gesetzesflut des Bundes und der Länder ist einzuschränken, die bisherigen Gesetze sind durchzufordern, um viele überflüssige und Geld kostende Verwaltungsarbeit einzusparen. Der Staat soll mit dem Reglementieren aufhören und sich wieder auf seine wesentlichen Aufgaben konzentrieren.
6. Die mittelfristigen Prognosen und die mittelfristige Finanzplanung sind zu revidieren und auf einen aktuellen Stand zu bringen.
7. Der Bund hat realistische Investitionsprogramme auszuarbeiten, um sie im Bedarfsfalle und ohne bürokratische Hemmnisse möglichst schnell realisieren zu können.

8. Der öffentliche Dienst ist nach den Erkenntnissen der Privatwirtschaft zu modernisieren und zu rationalisieren, um die weitere Personalvermehrung zu bremsen.

9. Es ist sofort eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Rahmenplanes für den öffentlichen Gesamthaushalt einzusetzen, der Lösungsvorschläge für das Finanzdefizit erarbeitet.

10. Bis zum 1. Juni 1975 soll die Bundesregierung auf der Basis dieser Überlegungen ein Konzept erarbeiten und dem Bundestag vorlegen.

So stimmte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Einzelplan	Votum der CDU/CSU
01-Bundespräsident	ja
02-Bundestag	ja
03-Bundesrat	ja
04-Bundeskanzler	nein
05-Auswärtiges Amt	nein
06-Inneres	nein
07-Justiz	nein
08-Finanzen	nein
09-Wirtschaft	nein
10-Ernährung	nein
11-Arbeit	nein
12-Verkehr	nein
13-Post	nein
14-Verteidigung	ja
15-Jugend	nein
19-Bundesverfassungsgericht	ja
20-Bundesrechnungshof	ja
23-Entwicklungshilfe	nein
25-Städtebau	nein
27-Innerdeutsche Beziehungen	nein
30-Forschung	nein
31-Bildung	nein
32-Bundesschuldenverwaltung	nein
33-Versorgung	ja
35-Verteidigungslasten	ja
36-Zivile Verteidigung	ja
60-Allgem. Finanzverwaltung	nein

■ AUSLAND

Ernsteste Sorge um Entwicklung in Portugal

Zu den aktuellen Vorgängen in Portugal erklärte der Generalsekretär der CDU, Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:

Die CDU ist angesichts der letzten Entwicklung in großer Sorge um den Bestand und die Zukunft des freien demokratischen Portugal. Das Programm der Bewegung der Streitkräfte Portugals vom 25. April 1974 versprach die Entkolonialisierung, den Aufbau einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und die Errichtung einer freiheitlichen Demokratie.

Was ist daraus geworden? Seit Januar dieses Jahres eskalierte der Terror der extremen Linken gegen zugelassene demokratische Parteien. Versammlungen und Kundgebungen der christlich-demokratischen Parteien (PDC, CDS und PPD) wurden systematisch zerschlagen. Deutlicher Gewinner der Entwicklung in den letzten Monaten sind die von Moskau gesteuerten Kommunisten unter der Führung ihres Vorsitzenden Cunhals. Obwohl ihre Basis im Volk bisher als äußerst schmal anzusehen ist, droht eine Machtergreifung durch Kommunisten und prokommunistische Kräfte.

Leidtragende dieser Entwicklung werden nicht nur die Portugiesen, sondern alle freien Staaten Westeuropas sein, die sich zu ihrer gemeinsamen Verteidigung in der Atlantischen Allianz zusammengeschlossen haben. Ein kom-

munistisches Portugal kann kein NATO-Partner sein.

Unser Sicherheitsinteresse und unsere Verbundenheit mit allen Demokraten verpflichtet uns, den demokratischen Parteien Portugals in ihrer Bedrängnis beizustehen. Wir appellieren daher an alle Verantwortlichen in Portugal, zu den Prinzipien des Programms der Bewegung der Streitkräfte vom 25. April 1974 zurückzukehren, damit das Land den dringend benötigten inneren Frieden für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft erhält.

■ TERMINE

- 11. 4. LV Berlin, Landesvorstand
- 11. 4. LV Berlin, Landesausschuß
- 11. 4. LV Rheinland, Geschäftsführender Landesvorstand, Köln
- 11. 4. LV Rheinland, Landesvorstand, Köln
- 11./12. 4. LV Westfalen-Lippe, Landesausschuß Jugend und Familie, Arnsberg
- 13. 4. LV Rheinland/Westfalen-Lippe, Wahlkampföffnung NRW, Düsseldorf
- 13. 4. LV Bremen, Ordentlicher Parteitag, Bremen
- 14. 4. CDU — Bund, Präsidium, Bonn
- 16. 4. LV Rheinland/Westfalen-Lippe, Mittelstandsvereinigung, Landesdelegiertentagung NRW, Dortmund
- 18. 4. LV Hessen, Landesvorstand, Frankfurt

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT



Neu im Angebot:

SPD und FDP versuchen den Wirtschaftsaufschwung herbeizureden. Sie tun dies, obwohl sie wissen, daß unsere Wirtschaft von dem erhofften Aufschwung noch weit entfernt ist. Die Flugblätter zur Wirtschaftslage widerlegen das Gerede von SPD und FDP. Sie zeigen die Wirklichkeit — ohne Schönfärberei. Eine Wirklichkeit, in die uns die SPD/FDP-Regierung geführt hat.

Bildflugblatt zur Wirtschaftslage

„Was nun, Herr Bundeskanzler?“

Mindestabnahme: 1 000 Exemplare

Preis: 10,— DM je 1 000 Exemplare

Best.-Nr.: 1335



Textflugblatt zur Wirtschaftslage

Mindestabnahme: 1 000 Exemplare

Preis: 10,— DM je 1 000 Exemplare

Best.-Nr.: 1340

Broschüre

„Arbeitslosigkeit, Inflation und Rezession“

Diese 8seitige Broschüre aus der Serie: Argumente — Dokumente — Materialien enthält die Bilanz einer gescheiterten Politik der SPD/FDP-Regierung.

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 0,11 DM pro Exemplar

Best.-Nr.: 6336

Argumentationskarte

Wirtschaftspolitik

Diese 4seitige Argumentationskarte enthält die Informationen, die die Mitglieder der CDU bei ihrer Diskussion zur Wirtschaftspolitik brauchen.

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis: 4,— DM pro 100 Exemplare

Best.-Nr.: 5337

Weitere Neuerscheinungen:



SPD und FDP versuchen von ihrem eigenen Versagen abzulenken. In der Wahl ihrer Mittel, deren sie sich dabei bedienen, sind sie nicht zimperlich. In Franz Josef Strauß glauben sie ein geeignetes Opfer gefunden zu haben. Es ist viel geredet worden um Franz Josef Strauß und das, was er in Sonthofen gesagt haben soll. Doch was sagte er wirklich? Das Flugblatt gibt Antwort auf diese Frage.

Flugblatt

„Was sagt Franz Josef Strauß wirklich“

Mindestabnahme: 1 000 Exemplare

Preis: 13,40 DM je 1 000 Exemplare

Best.-Nr.: 1341

● Broschüre „Bonn wird nicht Weimar“

Bundestagsrede von Helmut Kohl in der Debatte zur Inneren Sicherheit.
Umfang: 16 Seiten

Mindestabnahme: 20 Exemplare

Preis: 0,16 DM pro Exemplar Best.-Nr.: 3342

Broschüren-Serie: Argumente — Dokumente — Materialien

● „Mehr Sicherheit in Freiheit“

Beiträge zur Verteidigungspolitik auf dem Sicherheitspolitischen Kongreß in Koblenz (Helmut Kohl, Egon A. Klepsch, Manfred Wörner, Kai-Uwe von Hassel). Umfang: 44 Seiten

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 0,75 DM pro Exemplar Best.-Nr.: 5334

● „Partnerschaft in Familie und Gesellschaft“

Beiträge von der 9. Bundesdelegiertentagung der CDU-Frauenvereinigung in Dortmund (Helmut Kohl, Helga Wex, Grundsatz- und Aktionsprogramm). Umfang: 24 Seiten

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 0,38 DM pro Exemplar Best.-Nr.: 5339

**Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 483 Gütersloh 1,
Postfach 6666, Telex 933753 isver v d.**

Alle Preise verstehen sich inklusive Verpackungskosten zuzüglich Porto- bzw. Frachtkosten und Mehrwertsteuer.

ZITAT

Das Diktat der leeren Kassen

Was nottut, was allein noch helfen kann, ist die gründliche Besinnung auf das, was der Staat unter allen Umständen leisten muß — und das bedeutet die Aussonderung all dessen, was er unterlassen oder anderen anvertrauen sollte. Eine neue Definition des Staates und seiner Ordnungsfunktion — sie ist überfällig. Denn viel zu lange hat man ihn ohne Bedenken zum Kärner immer größerer gesellschaftspolitischer Lasten gemacht.

Das sprengt zweifellos die herkömmliche Dimension des Sparens. Denn die bisherigen Sparaktionen waren zumeist nur dann erfolgreich, wenn sie sich gegen Minderheiten richteten. Sie wurden jedoch rechtzeitig gestoppt, wenn Konflikte mit starken Mehrheiten zu befürchten waren. Eine Reform des öffentlichen Dienstes hat es bis heute nicht gegeben, weil die Politiker den Zorn der dort beschäftigten Millionen fürchteten. Eine grundlegende Reform unseres Systems der sozialen Sicherung, dessen Kosten und Risiken sich neuerdings in geradezu abenteuerlichem Tempo beschleunigen, ist ebenfalls ausgeblieben: Man fürchtet die Rache der Begünstigten.

Solche Ängste und Sorgen sind verständig, und es wäre unseriös, wollte

Anschrift:

man einer demokratisch gewählten Regierung empfehlen, sich mit einem Male davon zu befreien und sich statt dessen mit aller Welt anzulegen. Aber die Bundesregierung wie auch die Regierungen der Länder und die Verwaltungen der Gemeinden werden am Ende nicht daran vorbeikommen: Sie müssen wenigstens einen Teil des Ballastes und der finanziellen Verpflichtungen loswerden, die sie sich von vermeintlichen oder tatsächlichen Mehrheiten haben aufschwätzen lassen. So viel, wie der Staat an Leistungen anbietet, kann er auf Dauer nicht bezahlen.

Es gibt viele staatliche Leistungen, die allesamt eines gemeinsam haben: Sie geben vor, der sozialen Sicherung oder kulturellen Bereicherung von Mehrheiten zu dienen und deren berechtigten Anspruch zu erfüllen. Doch solche Beglückung schlägt schließlich in eine allmähliche Entmündigung der Bürger um, die vieles von dem, was ihnen da serviert wird, auch selbst leisten könnten — und sollten.

Die Zeit, 21. März 1975

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Mühlenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID